



Staatsschulden und eine  
gerechte Steuerpolitik



# Staatsschulden, Reichtumsverteilung, gerechte Steuerpolitik



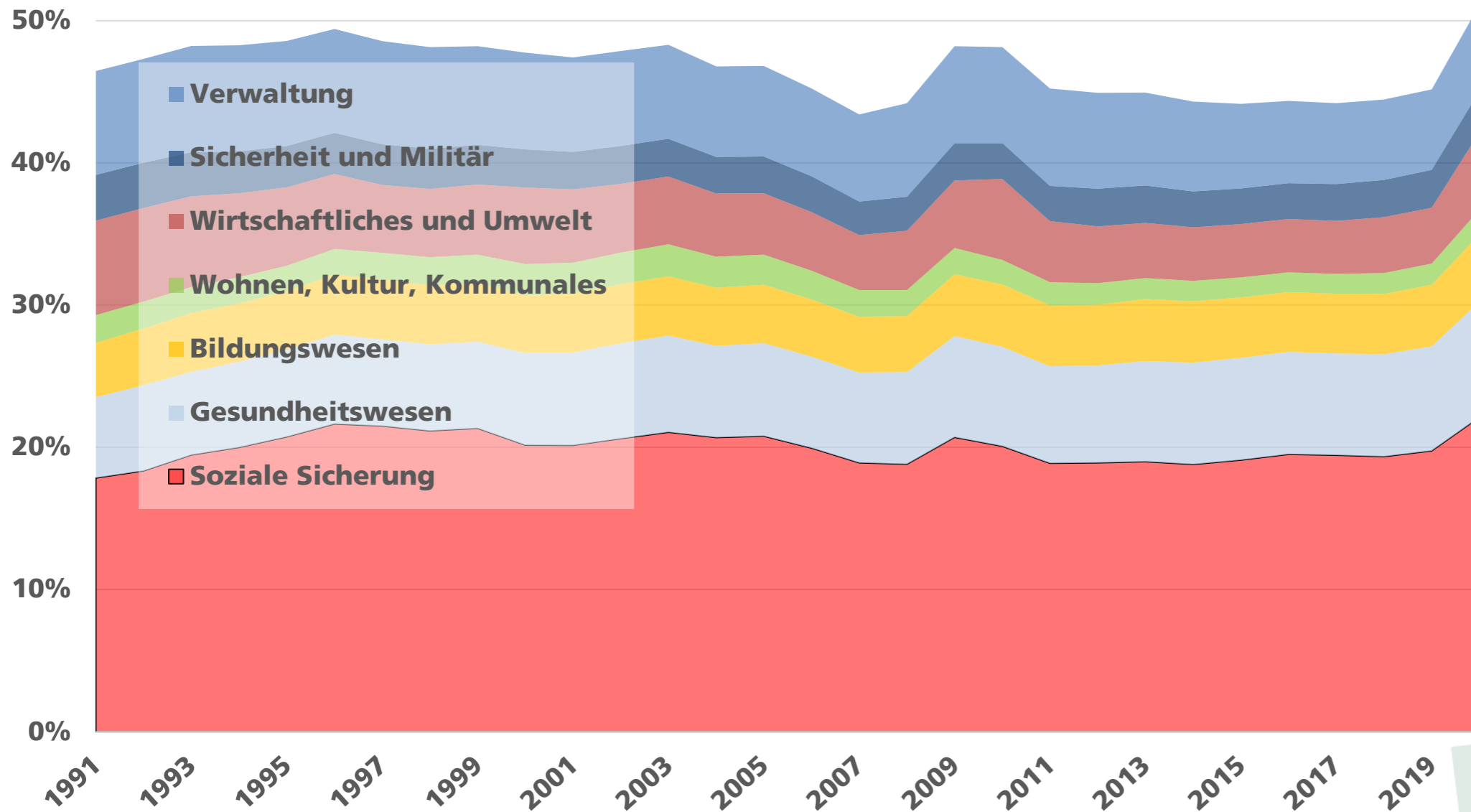


# Staatsschulden, Reichtumsverteilung, gerechte Steuerpolitik

1. Staatsausgaben und Staatsverschuldung
2. Investitionsbedarfe und Steuern
3. Einkommens- und Vermögensverteilung
4. DGB-Steuerkonzept 2021 [kurz]



# Ausgabenbereiche von Staat und Sozialversicherungen in Deutschland, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

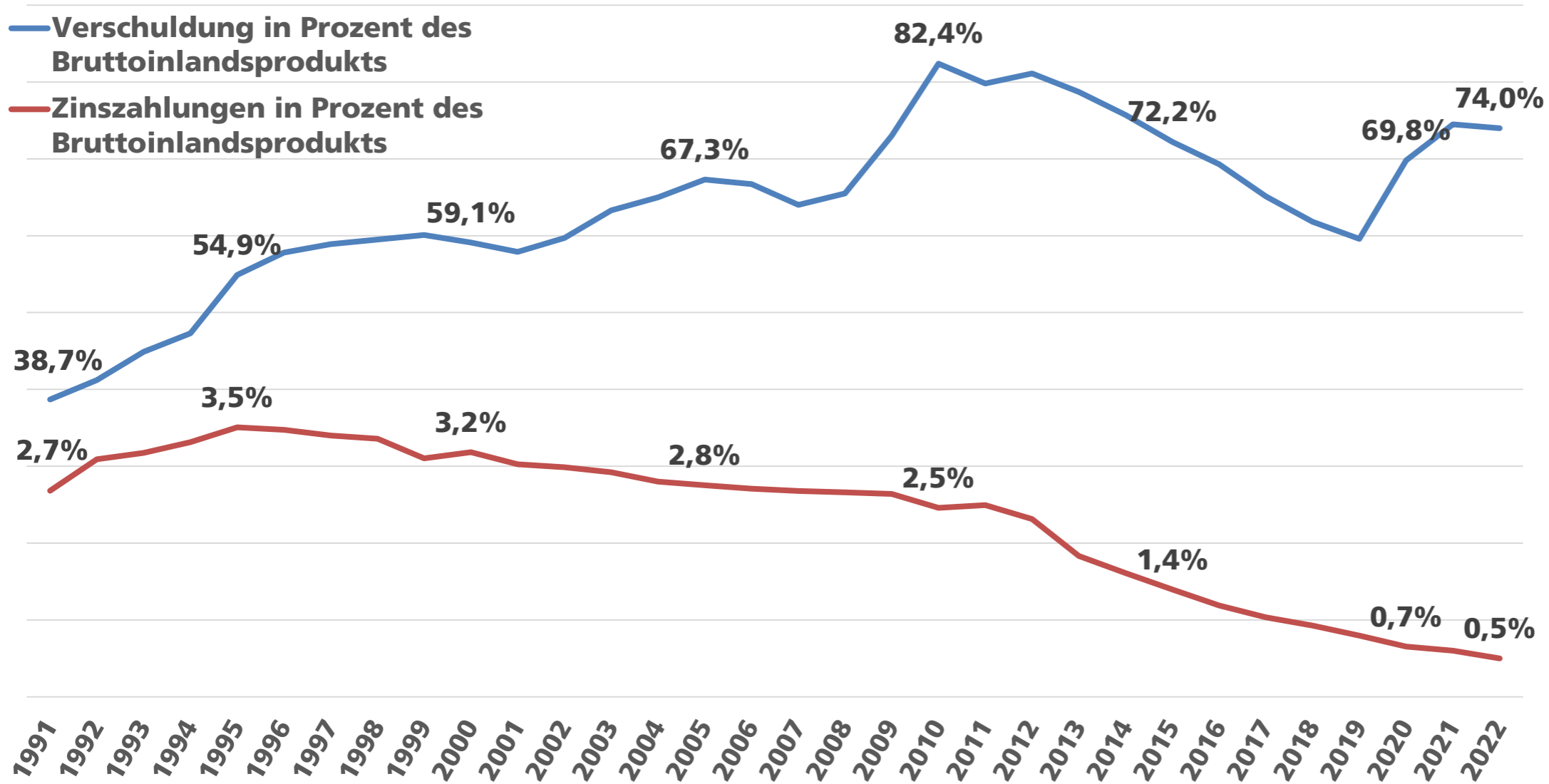


Die Ausgaben von Staat und Sozialversicherungen fließen etwa zu zwei Dritteln für sozialstaatliche Aufgaben. Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung sind die Ausgaben seit 30 Jahren etwa stabil. In den 2000er gab es Ausgabenkürzungen. Die erhöhten Quoten 2009 und 2020 sind durch das niedrigere Bruttoinlandsprodukt und die Ausgabensteigerungen in der Finanzkrise und der Corona-Krise bedingt.

ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 2020, eigene Berechnungen



# Öffentliche Verschuldung und Zinszahlungen in Deutschland



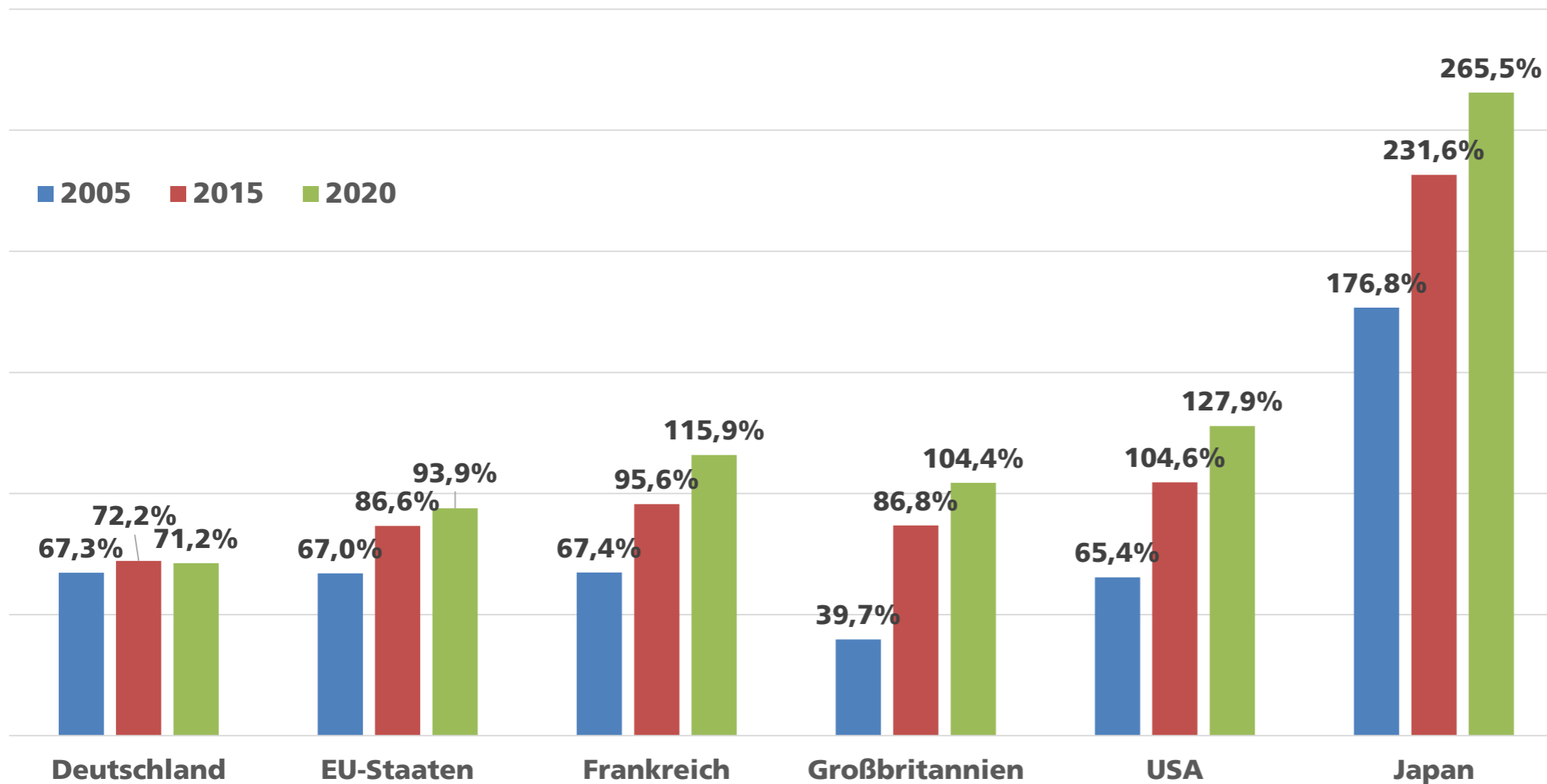
Die staatliche Verschuldung ist in Deutschland nur mäßig gestiegen: durch die Vereinigung, die Finanzkrise 2008/9 und dann die Corona-Krise. Gleichzeitig ist durch die sinkenden Zinsen die Belastung der öffentlichen Haushalte – die eigentlich wichtige Größe – auf einen Bruchteil gesunken. Neue Kredite erzielen sogar Minuszinsen.

ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: EU-AMECO, ab 2020: Bundesfinanzministerium, Deutsches Stabilitätsprogramm



# Staatsverschuldung in Deutschland niedrig

## Staatsschulden in Prozent des Bruttoinlandsprodukt



Die deutsche Staatsverschuldung ist im internationalen Vergleich gering. In den anderen großen entwickelten Ländern ist sie in den letzten Jahrzehnten viel stärker gestiegen und liegt mittlerweile erheblich über dem deutschen Niveau. Dennoch gibt es kein Problem, die Zinsen sind gesunken und die Inflation ist sehr gering.



# Schuldenbremse wirkt als Investitions- und Zukunftsbremse

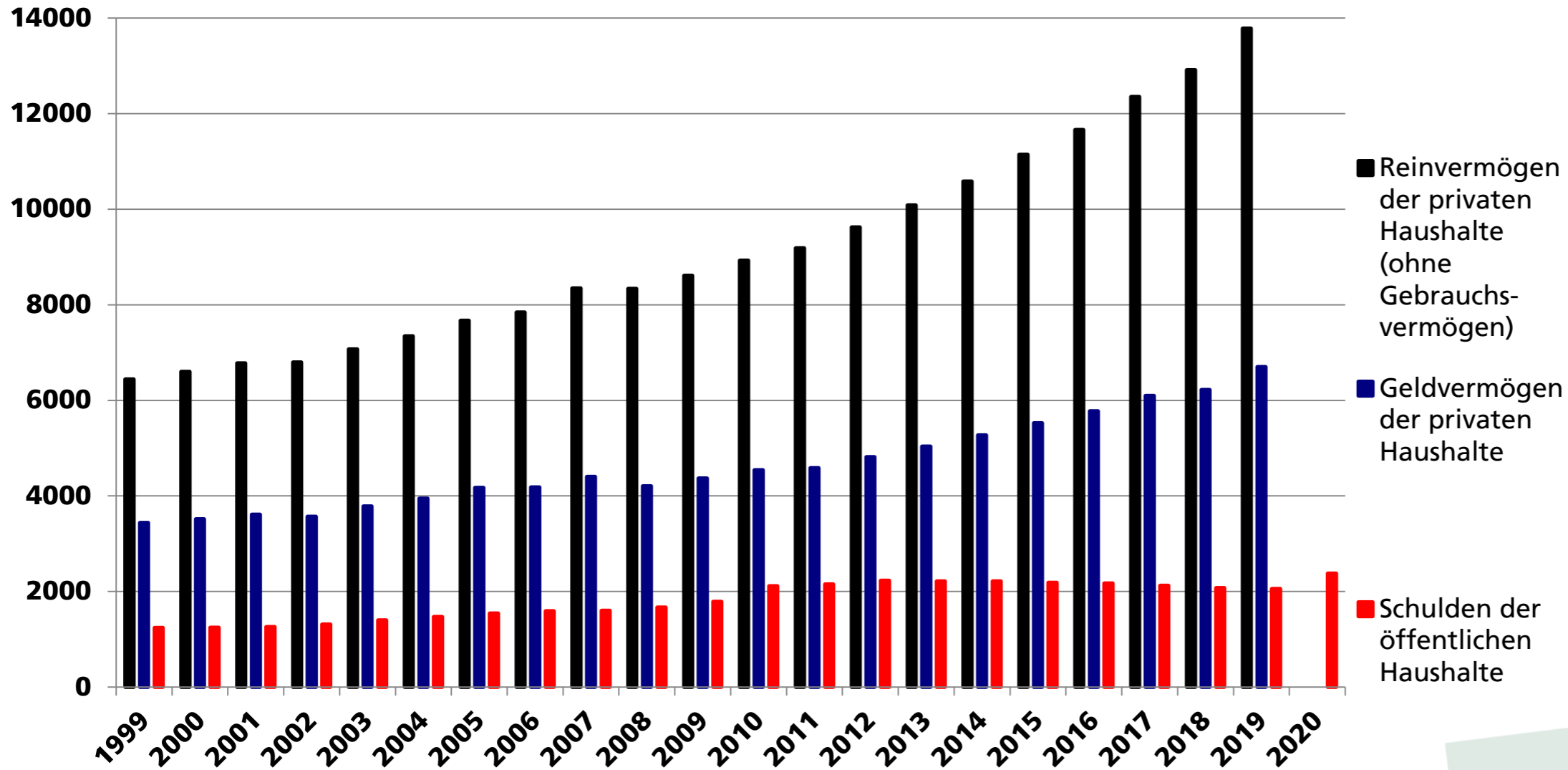
Die 2009 gegen den Widerstand der Gewerkschaften ins Grundgesetz aufgenommene Schuldenbremse verbietet eine staatliche Kreditaufnahme von mehr als 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukt plus ggf. Ausgleich konjunktureller Schwankungen. Für 2020 und 2021 wurde eine Ausnahmeregelung für außergewöhnliche Notsituationen in Anspruch genommen, das ist auch 2022 geplant. Diese zusätzlichen Corona-Kredite müssen getilgt werden, der Bund hat dazu einen Zeitraum von 20 Jahren beschlossen. Das wird Tilgungsausgaben für den Bund von voraussichtlich deutlich über 10 Mrd. Euro im Jahr bedeuten. Dazu kommen wahrscheinlich zusätzliche Tilgungen der Länder von ungefähr fünf Mrd. Euro jährlich. Sie haben unterschiedliche Tilgungszeiträume zwischen drei (Sachsen-Anhalt) und 50 Jahren (NRW) beschlossen.

Wenn die Schuldenbremse wieder greift und die Corona-Kredite getilgt werden müssen, würde der finanzpolitische Spielraum massiv verengt. Im schlimmsten Fall würden notwendige soziale, kulturelle und ökologische Ausgaben gekürzt werden, um krisenbedingte Schulden zu tilgen. Deswegen sollte die Schuldenbremse abgeschafft oder zumindest mittels längerer Tilgungsfristen und einer „goldenen Regel“ (Möglichkeit der Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen) gelockert werden. Falls Schulden getilgt werden, sind die dazu notwendigen Finanzmittel durch eine zusätzliche Besteuerung von Reichen und Profiteuren der Krise aufzubringen. Darüber hinaus müssen übermäßige Altschulden finanzschwacher Kommunen durch einen Altschuldenfonds von Bund und Ländern übernommen werden. Nach der Krise brauchen wir eine umverteilende und gerechte Steuerpolitik, die den privaten Reichtum stärker in die Pflicht nimmt, um öffentliche Armut zu überwinden.

- **Abschaffung der Schuldenbremse**
- **Mindestens längere Tilgungsfristen und Kreditfinanzierung von Investitionen**
- **Altschuldenfonds von Bund und Ländern für finanzschwache Kommunen**
- **Gerechte Steuern gegen öffentliche Armut**



# Privater Reichtum - öffentliche Schulden in Milliarden Euro jeweils zum Jahresende

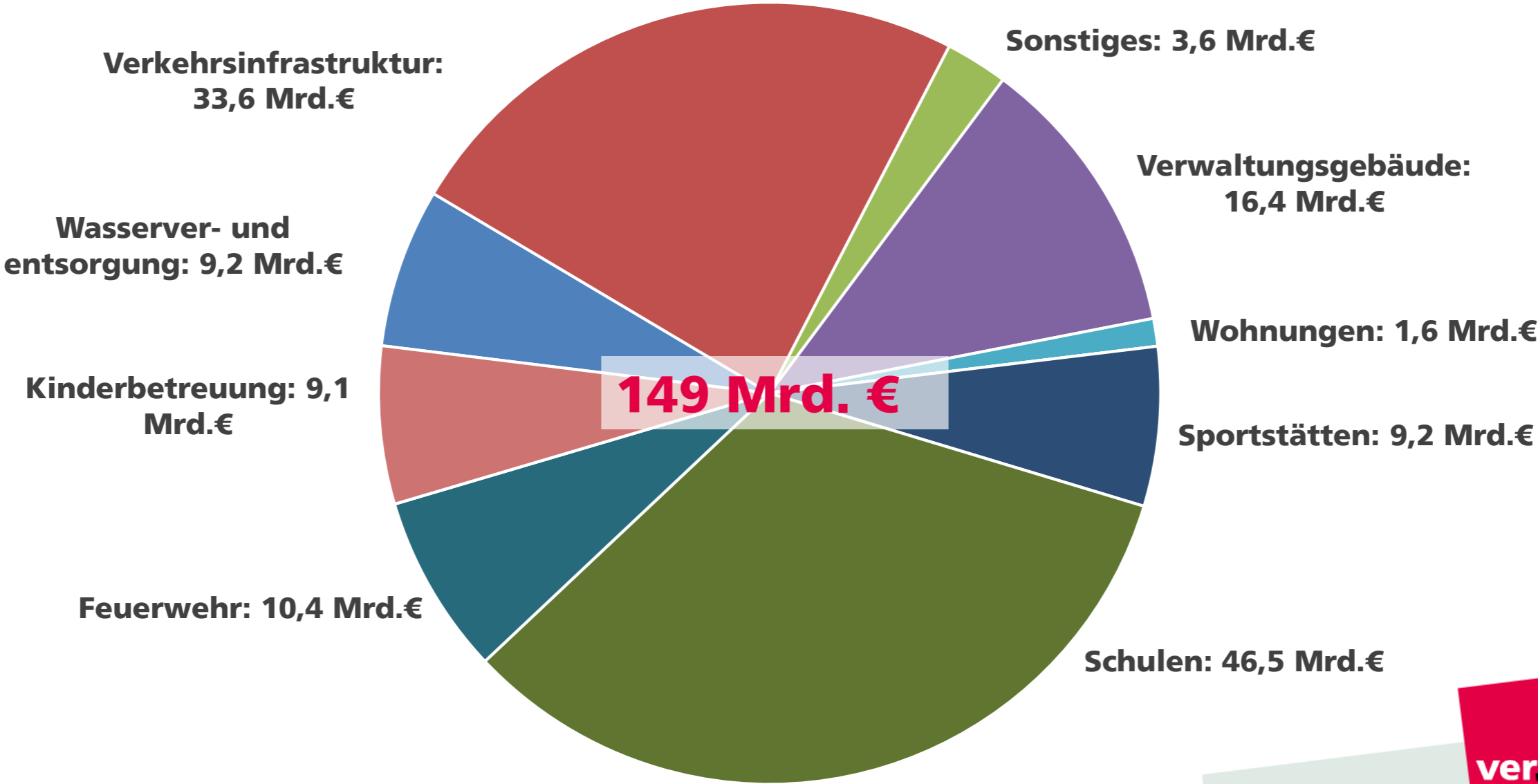


Die Schulden der einen sind Vermögen von anderen. Die privaten Vermögen in Deutschland übersteigen die öffentlichen Schulden um ein Vielfaches. Der Anstieg der Staatsverschuldung verlief viel langsamer als das Wachstum der Privatvermögen. Die Corona-Krise ändert daran nichts.

ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: Statistisches Bundesamt, Sektorale Vermögensbilanzen, und EU-AMECO



# Kommunaler Investitionsrückstand in Deutschland 2020





Öffentliche Investitionsbedarfe in Mrd. €	Summe über 10 Jahre, Preise des Basisjahrs
<b>Infrastruktur auf kommunaler Ebene</b>	
Kommunale Infrastruktur	138
Ausbau des ÖPNV	20
<b>Bildung</b>	
Frühkindliche Bildung	50
Ausbau von Ganztagschulen	9
Betrieb der Ganztagschulen	25
Erhöhung der Ausgaben für Hochschulen und Forschungsförderung	25
<b>Wohnungsbau</b>	
staatlicher Anteil	15
<b>Überregionale Infrastruktur</b>	
Breitbandausbau/5G	20
Bahn (Bundesanteil laut Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung; Ertüchtigung Güterverkehr)	60
Ausbau Fernstraßen	20
<b>Dekarbonisierung</b>	
staatlicher Anteil	75
<b>Summe</b>	<b>457</b>

# Öffentliche Finanzbedarfe in Deutschland für die nächsten 10 Jahre

Ende 2109 haben das gewerkschaftsnahe IMK und das arbeitgebernahe IW in einer gemeinsamen Studie öffentliche Investitionsbedarfe abgeschätzt. Dabei wurden auch Ausgaben des Staates zur Förderung privater Investitionen (etwa energetische Gebäudesanierung) oder für Investitionen in „Humankapital“ (Personal im Bildungswesen) mit aufgeführt. **Pro Jahr werden Investitionsbedarfe von mindestens etwa 45 Mrd. Euro festgestellt.** Diese sollen überwiegend durch zusätzliche Kreditaufnahme aufgebracht werden. Die Schuldenbremse soll dazu entsprechend reformiert oder aufgehoben werden.

Dazu kommen große Investitions- und Personalbedarfe in den Bereichen **Gesundheit und Altenpflege und weitere Personalbedarfe** in öffentlichen und sozialen Diensten sowie Finanzbedarfe für die **Verbesserung sozialer Leistungen** (Rente, Grundsicherung, Arbeitsmarktpolitik usw.), die aus Steuern und Sozialbeiträgen zu decken sind.

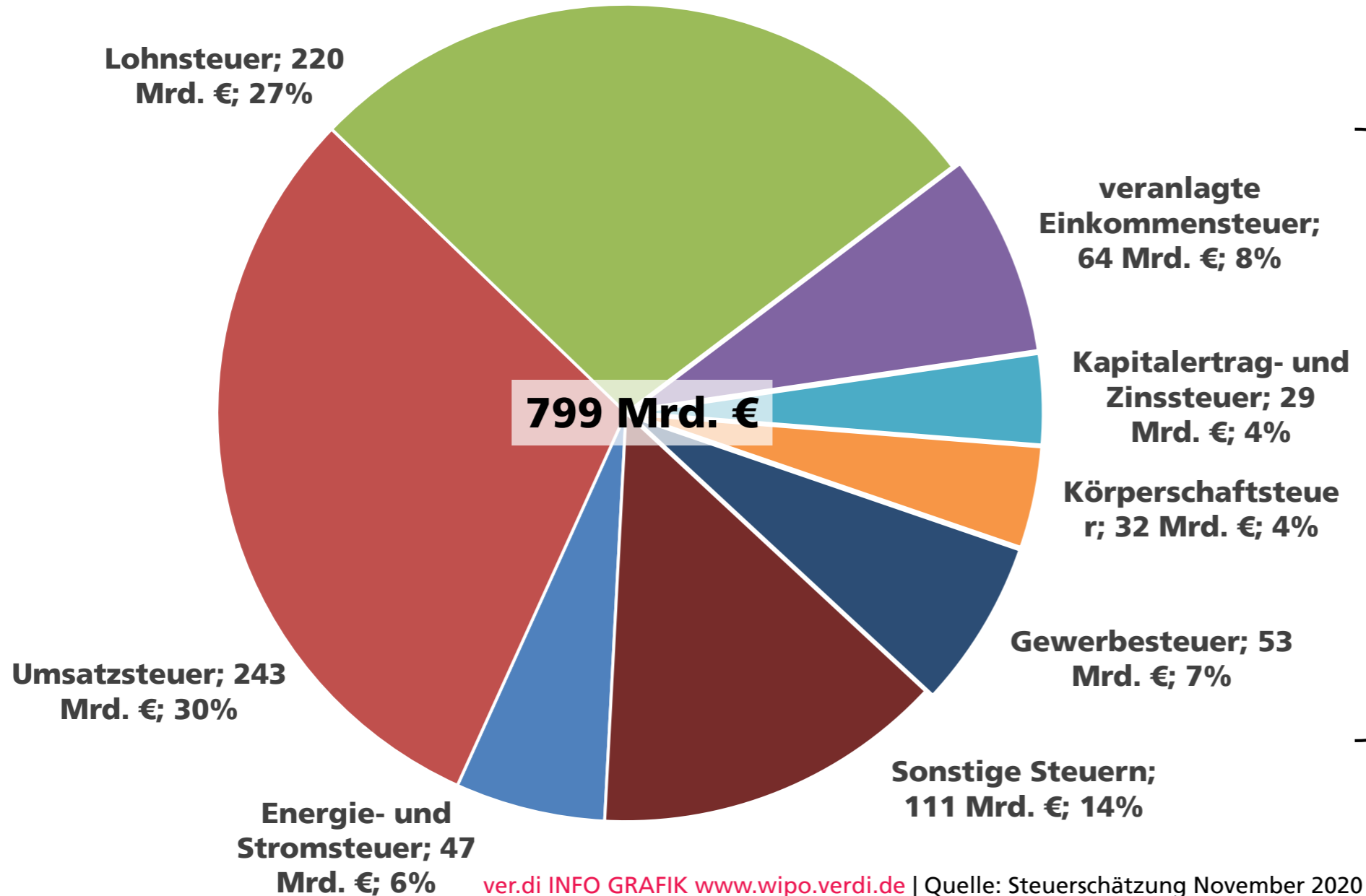
Quellen: KfW (2019), Krebs/Scheffel (2016), Baldenius et al. (2019), DENA (2018), Berechnungen und Schätzungen des IMK und IW.

Quelle: IMK-Report 152, November 2019



# Massensteuern bringen den Löwenanteil der Staatseinnahmen

## Angaben für 2019



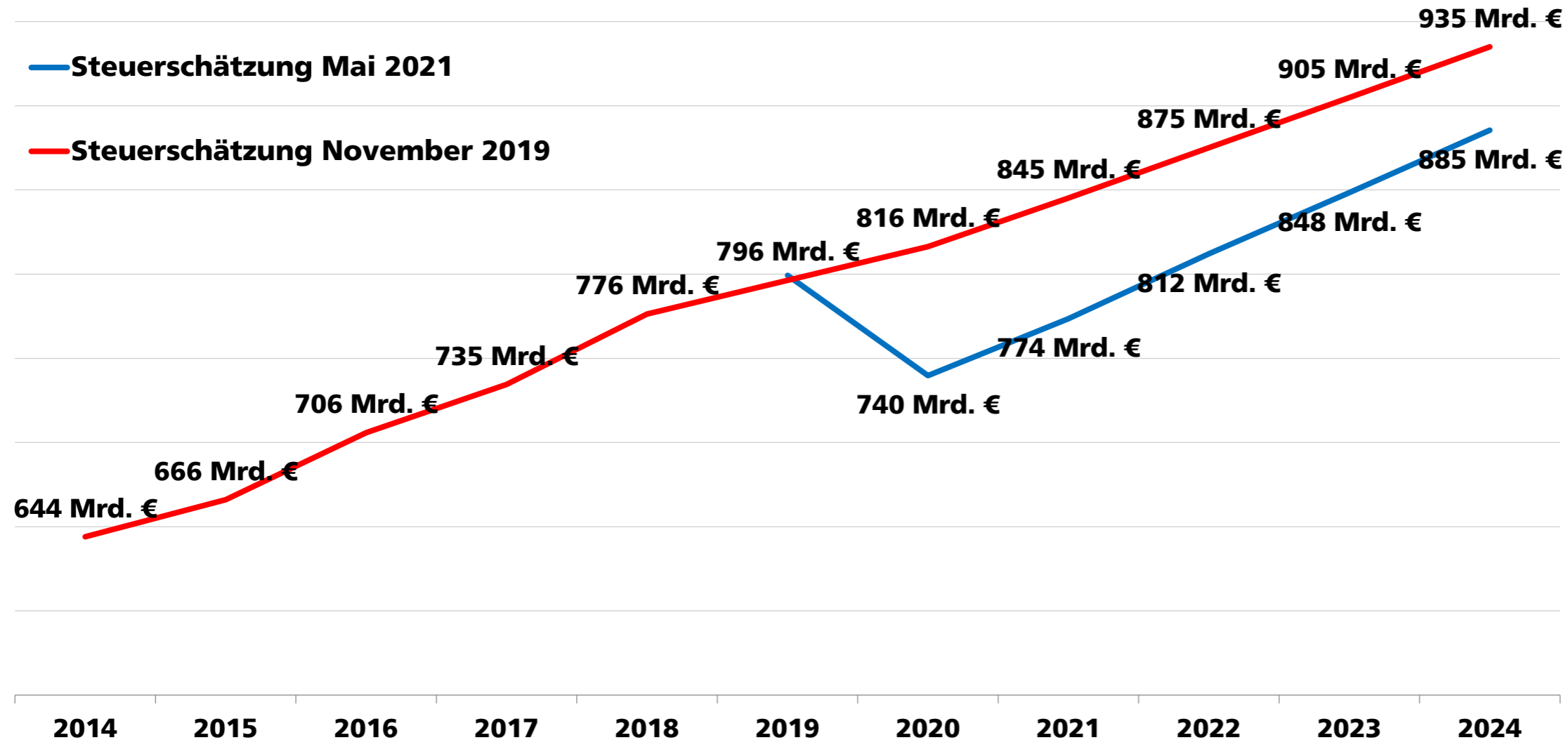
Die Lohnsteuer, die Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern erbringen den Großteil der Steuereinnahmen des Staates. Nur etwas mehr als ein Fünftel der Einnahmen stammt aus der Besteuerung von Unternehmen, Gewinnen und Kapitalerträgen.

**Steuern auf Gewinne und Vermögenseinkommen; 22%**



# Weniger Steuereinnahmen durch Corona-Krise

## Steuerschätzungen vor und nach Krisenbeginn



Durch die Corona-Krise bleiben die Steuereinnahmen in den kommenden Jahren um jeweils über 50 Milliarden Euro gegenüber früheren Schätzungen zurück. Davon entfallen auf die Kommunen etwa zehn Milliarden Euro im Jahr.

ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: Arbeitskreis Steuerschätzungen

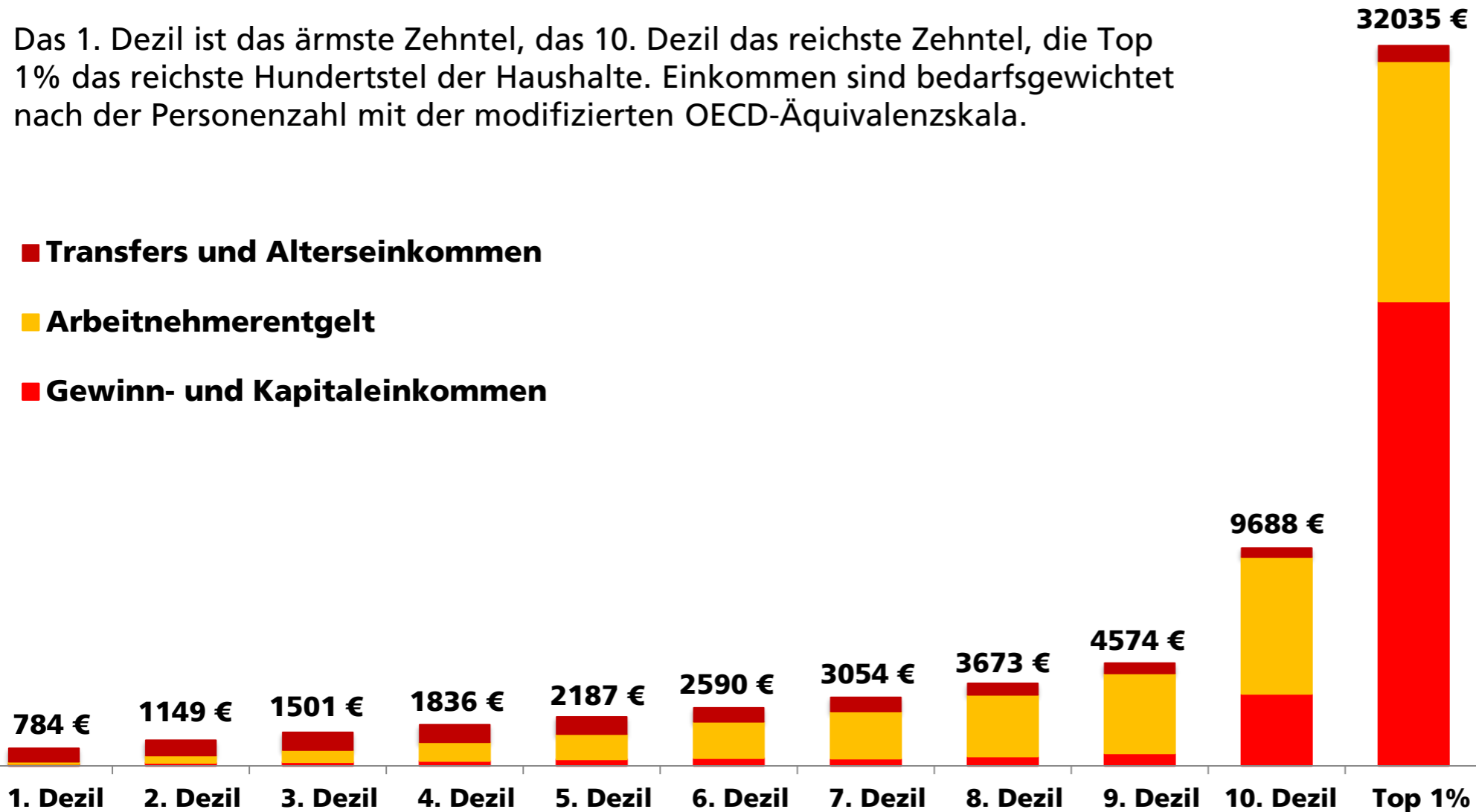


# Extreme Einkommensungleichheit in Deutschland

## Bruttoäquivalenzeinkommen je Monat und Person 2015, inkl. Transfers und Sozialbeiträgen

Das 1. Dezil ist das ärmste Zehntel, das 10. Dezil das reichste Zehntel, die Top 1% das reichste Hundertstel der Haushalte. Einkommen sind bedarfsgewichtet nach der Personenzahl mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

- Transfers und Alterseinkommen
- Arbeitnehmerentgelt
- Gewinn- und Kapitaleinkommen



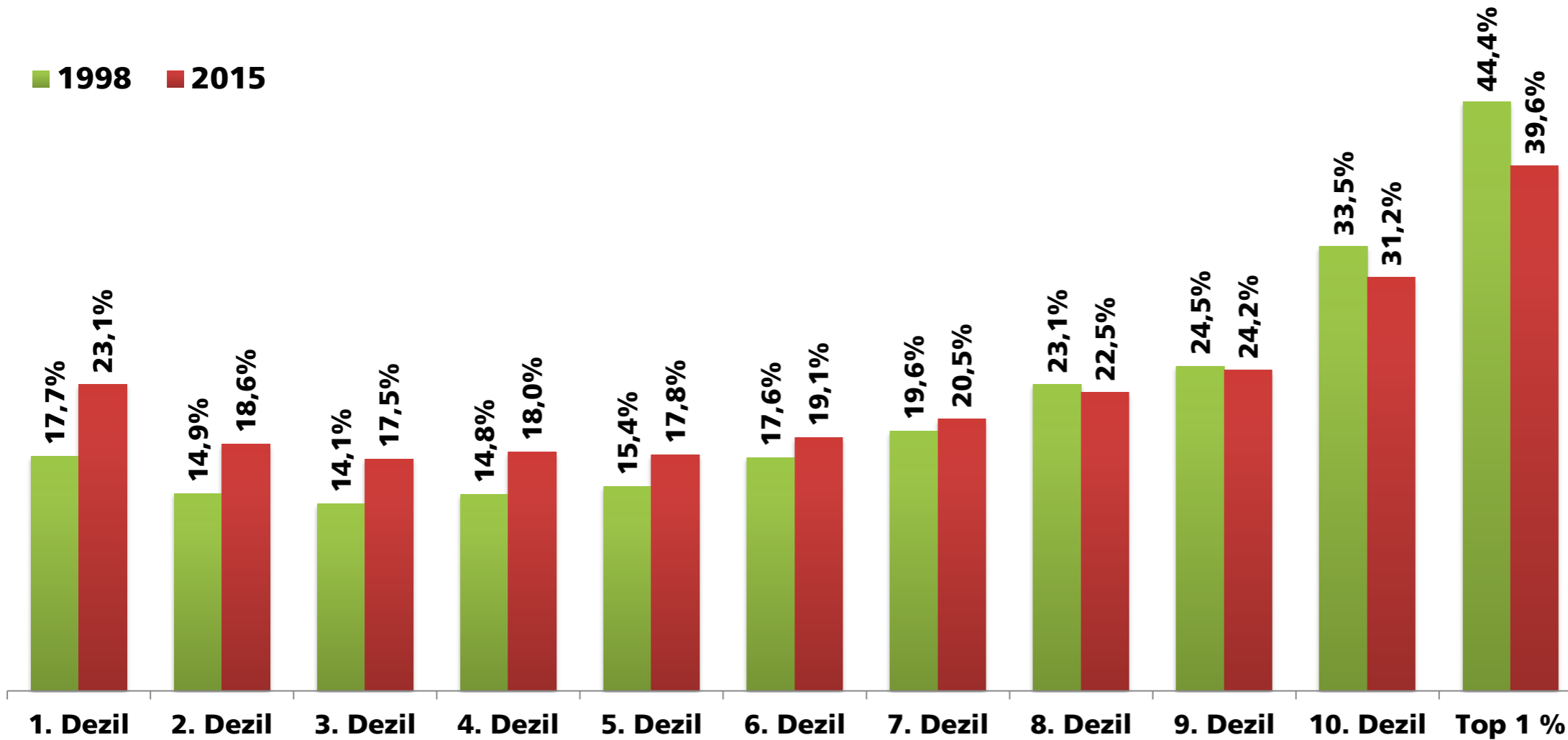
Die Einkommen sind extrem ungleich verteilt. Bei den sehr hohen Einkommen handelt es sich überwiegend nicht um Arbeitseinkommen, sondern um Gewinne und Vermögenseinkommen. Das reichste Zehntel hat im Durchschnitt 12 mal so viel wie das ärmste, das reichste Prozent über 40 mal so viel. Die reichsten 0,1 Prozent haben mit über 140.000 Euro (2015) im Monat sogar 180 mal so viel. Davon sind über 80% Kapitaleinkommen.



ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: DIW Politikberatung kompakt 114, 2016: Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik, fortgeschrieben auf 2015, eigene Berechnungen.

# Reiche entlastet, Arme belastet

## Steuerbelastung des Haushaltsbruttoeinkommens nach Einkommenshöhe

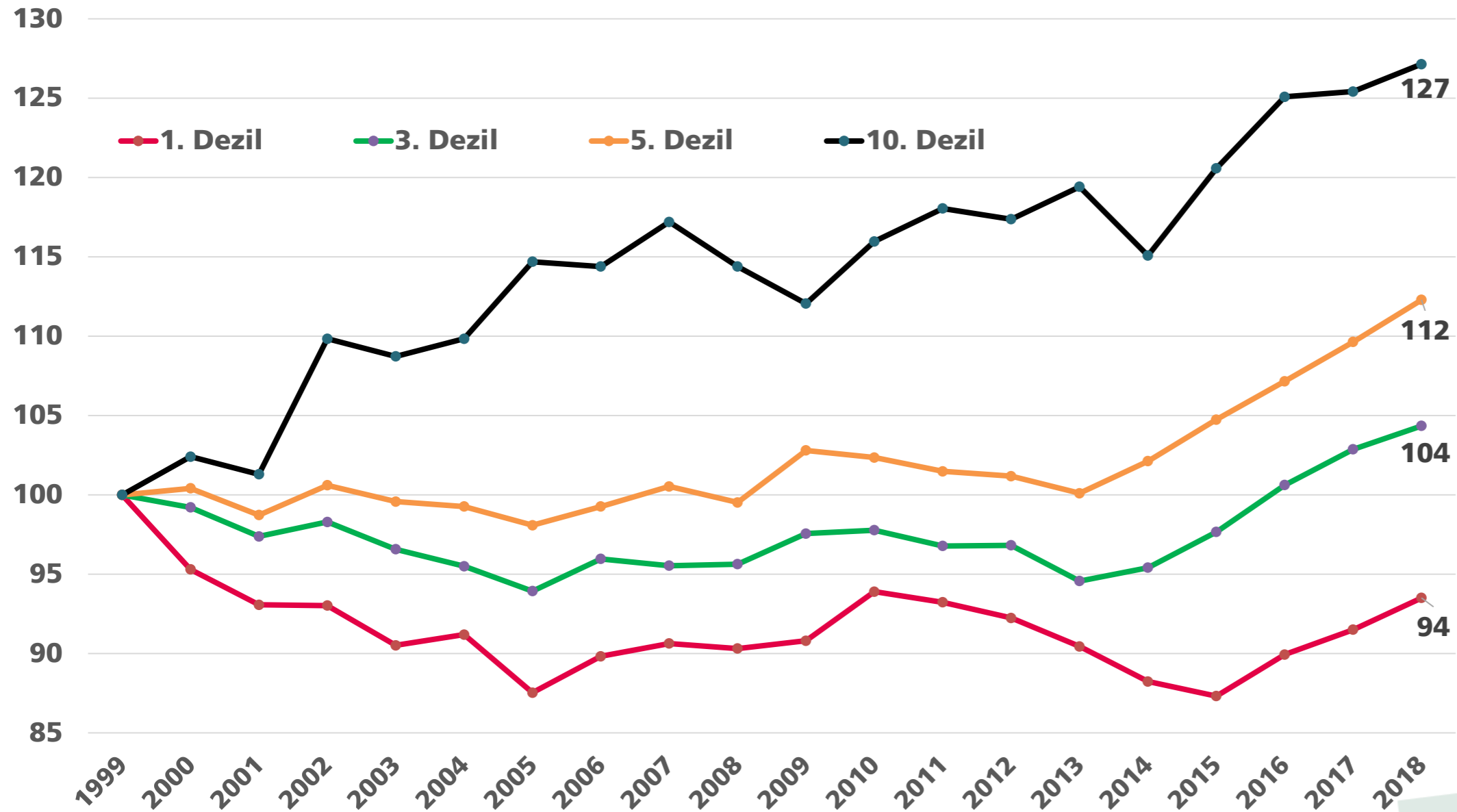


Die Änderungen des Steuerrechts von 1998 bis 2015 haben dazu geführt, dass hohe Einkommen entlastet wurden und niedrige stärker belastet. Ursachen waren v.a. die Senkung des Höchstsatzes der Einkommensteuer, die Unternehmensteuersenkungen und die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: Wer trägt die Steuerlast? HBS-study Nr. 347, Dezember 2016, eigene Berechnungen. 1. Dezil = ärmstes Zehntel, 10. Dezil = reichstes Zehntel, Top-1-% = reichstes Hundertstel. Jahreseinkommen bedarfsgewichtet nach der Personenzahl mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.



# Ungleichheit der verfügbaren Einkommen gestiegen

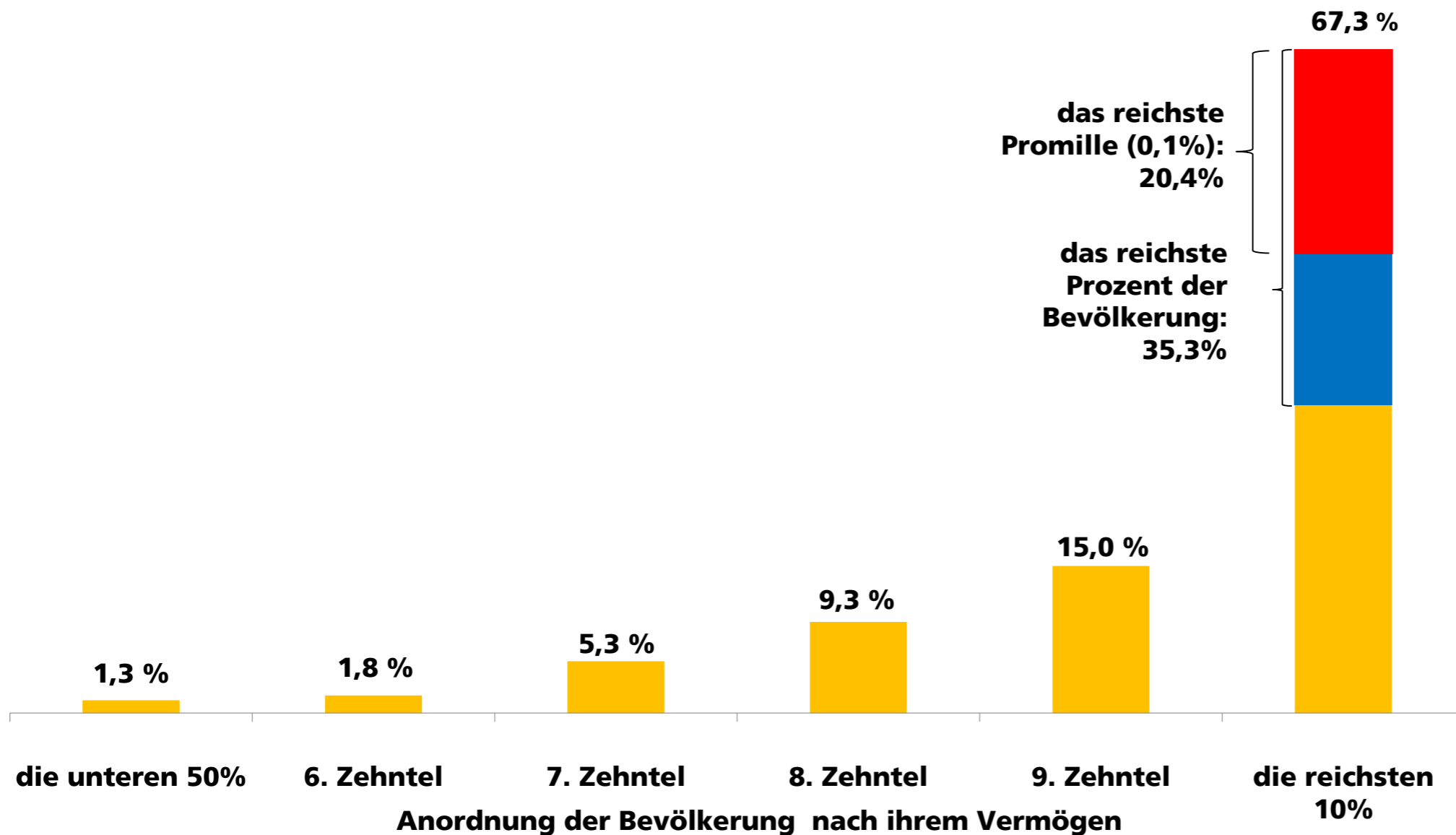


Seit Ende der 1990er Jahre ist die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen erheblich größer geworden. Ursachen waren die Ausweitung des Niedriglohnsektors, steuerliche Begünstigungen hoher Einkommen und Sozialkürzungen (Hartz IV, Rente usw.). Erst seit Einführung des Mindestlohns 2015 steigen preisbereinigt auch die niedrigen Einkommen wieder.

ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: Datenbasis: SOEPv36. Berechnungen des DIW Berlin. Reales Einkommen in Preisen von 2015, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala. 1. Dezil = ärmstes Zehntel, 10. Dezil = reichstes Zehntel.



# Ein Prozent Millionäre besitzen über ein Drittel des Vermögens



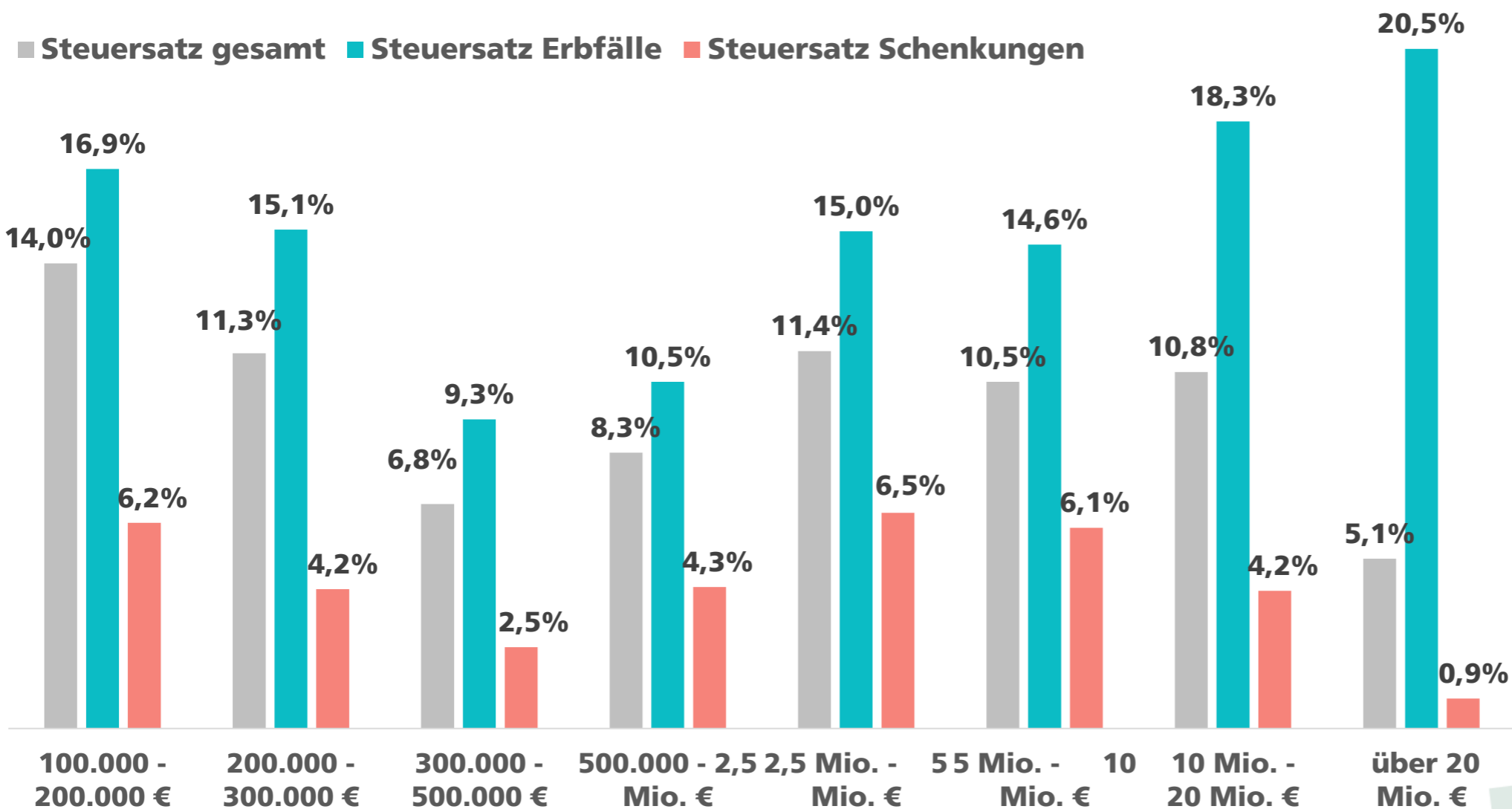
Die Verteilung der Vermögen ist noch weit ungleicher als die der Einkommen. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen in Deutschland über zwei Drittel des gesamten privaten Vermögens. Darunter das reichste Prozent alleine über ein Drittel und die reichsten 0,1 Prozent über ein Fünftel. Die untere Hälfte der Bevölkerung in Deutschland hat kaum Vermögen, die unteren 90 Prozent besitzen nur zusammen etwa ein Drittel des Gesamtvermögens.

ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: Grabka, König, Schröder (DIW) in APuZ 41/2020



# Größte übertragene Vermögen – geringster Steuersatz

## Effektive Steuersätze auf den Gesamtwert der Vermögen



Durch die weitgehende Begünstigung für Betriebsvermögen zahlen die Erwerber/innen von Multimillionenvermögen nur sehr niedrige Erbschaftsteuern. Das gilt vor allem bei Schenkungen, die planmäßig noch zu Lebzeiten der Reichen vorgenommen worden. Alle zehn Jahre können erneut die hohen Freibeträge genutzt werden.





# DGB-Steuerpolitisches Gesamtkonzept 2021

- **Gerechte Besteuerung von Einkommen, großen Vermögen und Unternehmen**
- **Stärkung der öffentlichen Finanzen für soziale und ökologische Zukunftsausgaben**
- **Entlastung unterer und mittlerer Einkommen, höhere Besteuerung der Top-Verdiener**
- **Mobilitätsgeld, kein Progressionsvorbehalt auf Lohnersatz, Gewerkschaftsbeitrag steuerlich voll berücksichtigen, Kapitalerträge steuerlich nicht begünstigen**
- **Höheres Kindergeld und Kindergrundsicherung**
- **Geschlechtergerechte Besteuerung, Frauenerwerbstätigkeit fördern**
- **Rentenbesteuerung vereinfachen und Doppelbesteuerung verhindern**
- **Progressive Vermögensteuer auf Multimillionenvermögen**
- **Erbschaftsteuer ohne Begünstigung reicher Unternehmenserben**
- **Gemeindewirtschaftsteuer, gestärkte Körperschaftsteuer**
- **Finanztransaktionsteuer**
- **Besserer Steuervollzug, Stärkung der Finanzverwaltung**



# DGB-Steuerkonzept - Einnahmewirkungen im Jahr

➤ <b>Einkommensteuer</b>	<b>-12 Mrd. €</b>
➤ <b>Vermögensteuer</b>	<b>+28 Mrd. €</b>
➤ <b>Erbschaftsteuer</b>	<b>+7 Mrd. €</b>
➤ <b>Unternehmenssteuern</b>	<b>+10 Mrd. €</b>
➤ <b>Finanztransaktionssteuer</b>	<b>+17 Mrd. €</b>
➤ <b>besserer Steuervollzug</b>	<b>+8 Mrd. €</b>
➤ <b>Gesamtmehreinnahmen etwa</b>	<b>+60 Mrd. €</b>

